

aus:

# Wir haben losgelegt!

## Demokratie zum Mitmachen und Weitersagen.

### Dokumentation zur

„Regionalen Lernstatt Demokratie Berlin 2004 und 2005“  
des Förderprogramms Demokratisch Handeln in  
Zusammenarbeit mit dem Forum Politik und Gesellschaft  
der Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin

ISBN 3-89892-436-X

Herausgeber:  
Friedrich-Ebert-Stiftung  
Forum Politik und Gesellschaft  
Hiroshimastr. 17  
10785 Berlin  
Demokratisch Handeln  
Löbstedter Str. 67  
07749 Jena

Verantwortlich für den Inhalt:  
Wolfgang Beutel, Hiltrun Hütsch-Seide, Anne Seyfferth  
Redaktion: Ute Käppel  
Fotos:  
Joachim Liebe, Hiltrun Hütsch-Seide

Gestaltung:  
Meintrup, Grafik Design

Druck: Primeline

Copyright 2005 by Friedrich-Ebert-Stiftung, Forum Politik und Gesellschaft

## „Wählen gehen?! Ja! Ab welchem Alter?!“ - Eine Fishbowl-Diskussion zum Verhältnis von Jugend und Politik

*Wolf gang Beutel*

Sie „wollen loslegen“, sie wollen sich einmischen und sie wollen mitmachen! Alle diese auf Aktion, Handeln, Vorwärtsdrängen und Gestalten gerichteten Wörter spielen eine große Rolle bei dieser „Regionalen Lernstatt Demokratie“ in Berlin. Mit diesen Vokabeln umschreiben die meisten Projekte ihr Tun, damit bezeichnen viele der Schülerinnen und Schüler die Motive für ihr Engagement. Also, aktiv und nach vorne drängen sollen und wollen sie! Mitmischen im Markt der vielen Stimmen zur politischen Prägung der Gegenwart in unserer Demokratie. Und dann? Ja, sagen sie, und dann kommen Wahlen, aber wir - als Schülerinnen und Schüler - kommen darin nicht vor, wir dürfen nicht wählen, wir sind ja noch nicht erwachsen, noch keine 18 Jahre alt.

Nun hat das - wie so vieles - mehrere Seiten, die in den juristischen Debatten zum Wahlrecht und seiner Reform (wenigstens auf Ebene der Kommunen) und der Demokratietheorie sowie in der Politik eine Rolle spielen: Aktiv und passiv sollte das Wahlrecht sein - wer wählt, sollte auch gewählt werden können. Die Rechtsfigur der „Mündigkeit“ spielt eine Rolle - wer wählt, sollte für sein Handeln selbst die Verantwortung tragen, bis hinein in die rechtlichen Folgen des Tuns und viele andere Argumente mehr sind es, die diese Diskussion prägen.

Dennoch und gerade wegen der Spannung, die zwischen der Erwartung entsteht, Kinder und Jugendliche - namentlich Schülerinnen und Schüler - sollten sich einerseits in das Gemeinwesen und in die Politik einmischen, andererseits können sie eben noch nicht mittels der Wahlen in der repräsentativen Demokratie in Deutschland mitbestimmen, ist dieses Thema ein entscheidender Schnittpunkt in der Debatte um „Politikverdrossenheit“ bei den Jugendlichen, der sich mit vielen Hoffnungen verbindet.

„Wählen gehen?! Ja! Ab welchem Alter?!“ war so gesehen ein nahe liegendes Thema für ein politisches Rundgespräch. Den Schülerfragen und den Diskussionsbeiträgen stellten sich der Bundesvorsitzende der Jungsozialisten (JuSos/SPD), Björn Böning, Björn Richter von der Jugendpresse Deutschland sowie drei Schülerinnen und Schüler aus der Schulprojektszene der hier beteiligten Schulen: Marie-Luise Buchholz, Daniel Schultz und Julia Henke. Shelly Kupferberg - aus dem Jugendradio des Rundfunks Berlin-Brandenburg bekannt - moderierte die Runde. Vorneweg gesagt: Es wurde ein interessantes und lebendiges Gespräch wie selten bei solcher Gelegenheit.

### „Wählen ist eine ganz schön komplizierte Angelegenheit“

„Würdest Du gerne wählen gehen?“, in diese Richtung ging die Eingangsfrage. Es wird nicht nur „ja“ gesagt, sondern abgewogen und präzisiert: „Ja, von mir selbst denke ich zumindest, dass ich eine halbwegs vernünftige Vorstellung davon habe. Ich würde das auch schon jetzt gerne machen. Aber ich weiß nicht, es gibt bestimmt einige Schüler, die sich bisher wenig mit dem Thema Politik beschäftigt haben und da

könnte es dann bei ungenügender Aufklärung auch zu Missverständnissen kommen." Wählen um des Wählens willen ist nicht Sache von Daniel Schultz, 15-jähriger Schüler des Hans-Carossa-Gymnasiums, das mit dem Entwicklungshilfeprojekt „Nikoläuse für Kambodscha" die Projektausstellung bereichert. Noch differenziert-skeptischer antwortet Marie-Luise Buchholz, Schülerin am Friedrich-List-Gymnasium. Sie fühlt sich keinesfalls hinreichend informiert, ja kompetent und glaubt deshalb nicht, dass sie schon eine gute Wählerin wäre, zudem ist aus ihrer Sicht „Wählen ... eine ganz schön komplizierte Angelegenheit".

Björn Böning hat schnell einen Dreh gefunden, von dieser abschreckenden Komplexität wegzugehen. Aus seiner Sicht und Erfahrung in der Juso-Arbeit sind es eben die Themen - bei ihm anfangs der 1990er-Jahre der erste Golfkrieg und die Einschränkung des Grundrechts auf Asyl -, die ihn in seiner Zeit schon als Schülersprecher dazu gebracht haben, an diesen Dingen mitgestalten und mitentscheiden zu wollen: „Dagegen hab ich mich gewandt und habe dann relativ schnell gesehen, man kann auf der Straße eine Menge bewegen, aber in der Partei kann man mitentscheiden." Also: Im politischen Raum kann man bereits etwas in Gang bringen und Themen und Aufgaben sind es, die einen zum Engagement und Handeln motivieren können. Dennoch bleibt der Unterschied zu den Parteien: Dort kann man mitbestimmen. Diese Erfahrung des Juso-Vorsitzenden blieb denn aber doch eher ein persönliches Statement; die Schülerinnen und Schüler hat das nicht so richtig locken können - Parteienskepsis kam in vielen ihrer Redebeiträge vor.

### „Sich nicht zu entscheiden, ist nicht mutig"

Zunächst haben die Diskutanten „Wählen" als eine Frage der Identifikation, der Interessensäquivalenz von Wähler und zu wählender Partei diskutiert - eine wichtige Komponente, ja Vorstellung von Politik. Aber auch eine realistische Option für eine Demokratie mit vielfältigen Interessensgegensätzen? „Ob du wählen gehst oder nicht wählen gehst, es werden Politiker gewählt. Und wenn wir nicht wählen gehen, werden immer mehr Rechte in den Parlamenten sitzen, denn die gehen zur Wahl, definitiv. Es gibt so viele Möglichkeiten, man muss sich nur interessieren und sich darum kümmern, politisch aktiv zu sein. Das Schlimmste ist, nichts zu machen, dann machen nämlich andere die Politik", wendet entschieden eine Projektleiterin ein - und appelliert ebenfalls an das Engagement im Raum der Zivilgesellschaft, vor allem aber bei den Wahlen.

Die Parteien seien zwar bisweilen kaum mehr zu unterscheiden - und ohne Unterscheidung wäre es auch schwer, eine Entscheidung zu treffen, darüber war man sich einig. Björn Böning von den Jusos ermahnte dennoch (und immer wieder) zu etwas Realismus und der dringlichen Einsicht, sich an Wahlen und darüber hinaus über den Weg durch die Parteien zu entscheiden - in jedem Falle in der Politik seine Stimme abzugeben. Doch auch diese Formulierung des parteipolitisch engagierten Jungpolitikers fand einen vorsichtigen und begriffskritischen Widerspruch: „Es wird immer davon geredet, dass die Wähler ihre Stimme abgeben und das sollten sie nicht tun. Sie sollten nur wählen gehen und ihre Stimme behalten und sie vier Jahre während der Wahlperiode



nutzen, um den Politikern zu sagen, was sie von ihnen wollen und was sie von ihnen erwarten. Denn wenn wählen Stimme abgeben heißt und man dann vier Jahre die Klappe halten soll, dann find ich es besser ganz bewusst nicht wählen zu gehen." - Das aber, darüber wusste man sich dann doch einig, soll nicht die letztendliche Bedeutung der Vokabel „wählen" sein.

### „Viele interessieren sich für Politik, wenige aber für Parteipolitik"

„Eine Wahl sollte immer eine politische Entscheidung sein und wenn diese politische Entscheidung dazu führt, zu sagen, ich gehe nicht wählen, ich engagiere mich lieber bei Greenpeace oder in einer Bürgerbewegung oder wo auch immer, dann finde ich das völlig in Ordnung", so begründete eine Teilnehmerin ihr Statement dafür, auch Wahlabstinenz als Politikum zu werten, wenn anstelle der Wahlbeteiligung politisches Engagement in Bürgerbewegungen und Initiativprojekten stattfindet - wer kann das letztlich von außen entscheiden und wahrnehmen, was hinter der Wahlenthaltung möglicherweise noch an reellem bürgergesellschaftlichen Engagement verbleibt? Die Frage blieb nicht nur offen, sondern wurde gar nicht erst gestellt. „Was ich kritisiere sind nicht die Leute, die sich politisch entscheiden, wofür oder wogegen auch immer, was ich kritisiere ist, dass es Leute gibt, die sich überhaupt nicht mehr für Politik interessieren", war eine klare Stimme, die immerhin auf die Möglichkeit verweist, Wahlabstinenz nicht als politische Entscheidung, sondern als Ausdruck und Folge puren Desinteresses zu verstehen.

### „Wenn das Wahlalter gesenkt würde, würde auch das Interesse der Jugendlichen an der Politik steigen"

Über die Frage des Wahlalters wurde kontrovers, differenziert und mit interessanten, ja pfiffigen Argumenten gesprochen. Wer erwartet hatte, dass hier eine Menge

Kinder und Jugendlicher sitzt und deshalb unisono eine Absenkung des Wahlalters fordert, sah sich getäuscht. Dass überhaupt ein bestimmtes Alter - also ein Zeitpunkt in der Lebensbiographie - Auslöser für die Wahlmündigkeit ist, wurde mit jugendlicher Akkuratess zumindest in Frage gestellt; Reife - so hieß es unter anderem - sei natürlich auch ein Prozess: „Ich find es ziemlich spannend, meiner Ansicht nach ist es so, dass man nicht sagen kann, ab 18 Jahren ist man so weit, dass man wählen kann. Man kann aber auch nicht sagen, ab 25 oder ab 3 ist man soweit. Sondern ich glaube in einer Demokratie, in der jeder die Verantwortung für sich selber und auch für seine Umwelt, für seine Mitmenschen und für das Land hat, in dem man lebt, kann jeder das selber entscheiden. Das heißt, mit 8 Jahren, wenn ich mich mit 8 Jahren soweit fühle zu wählen, muss ich die Möglichkeit dafür haben. Denn Demokratie ist die Entscheidung durch die Betroffenen und das bin ich auch mit 8 Jahren oder mit 3 oder auch mit 65! Mein Opa, der seit mehreren Jahren Alzheimer hat, darf auch wählen, tut es auch und ein 15-Jähriger, das sehen wir hier, oder eine 13-Jährige engagieren sich für Politik, sind dabei, dürfen nicht wählen und das ist ein Missverhältnis.“ Mit dieser radikal wahlloffenen Position machen sich beispielsweise die Mitglieder der Berliner Gruppe „KinderRÄchTsZÄnker“ nicht nur Freunde - aber sie werfen berechnete Fragen auf!

Ein anderes Argument für eine Absenkung des Wahlalters zielt auf die Erhöhung der „Lobby“ von Kinder- und Jugendinteressen bei den etablierten Parteien. Insbesondere das Thema Bildung, Schule - generell die Bildungs- und Sozialpolitik - könnte in parteipolitischen Entscheidungen einen höheren Wahrnehmungs- und Stellenwert erhalten, wenn jüngere Wählerstimmen mehr Ausschlag geben würden, als dies zur Zeit der Fall sei - so eine Wahlabsenkungsalter begründende Hoffnung. Es gab aber auch eine sorgfältig abwägende Gegenrede, in der betont wurde, dass fehlende Wahlmündigkeit keinesfalls heißt, man könne nichts tun: „Ich find das in Ordnung, dass man mit 18 wählen kann“, sagt die Schülerin Marie-Luise Buchholz, „weil man ist ja mit 18 auch voll strafmündig. Das könnte man dann auch senken und ich glaube, solange wie wir noch nicht 18 sind und noch nicht wählen dürfen, sollten wir das tun, was wir sowieso schon machen und tun können: sensibilisieren, aufklären und mobilisieren.“

Und wie es so geht nach fundierter und aspektreicher Abwägung in einem Gespräch mit vielen Stimmen, kam denn auch eine Art „Kompromissvorschlag“ zur Geltung: „Ich würde sagen, man könnte und sollte das Wahlalter runtersetzen, aber nicht drastisch, dass man eben gleich die kompletten Befugnisse eines Volljährigen zuspricht, sondern man sollte die 14-Jährigen an die Politik heranzuführen. Dadurch, dass das Wahlalter z.B. für Kommunalwahlen verringert wird, können sich Jugendliche schon einen Eindruck von den Idealen der einzelnen Parteien verschaffen, ohne dabei, ich sag's mal ganz drastisch, Schaden anrichten zu können, indem sie sich z.B. zu extremen Parteien hingezogen fühlen.“

Dieser Beitrag eines Schülers zum Themenkreis zeigt, wie erfahrungsgesättigt und differenziert die Frage präsent ist. Er zeigt auch, dass eine latente Forderung, besser gesagt: Erwartung vorhanden ist, im Bereich des kommunalen Wahlrechts auch in Berlin über eine solche Absenkung des Wahlalters nachzudenken. Von Katja Meier ist

- vor

dem Hintergrund ihrer Erfahrungen mit anderen Kulturen und in Erinnerung an die aktuellen Bilder und Berichte aus der ersten Parlamentswahl des Irak daran erinnert worden, „dass Wählen gehen ja ein Privileg“ sei und dass im Irak „Menschen ihr Leben riskieren, um wählen zu gehen“. Angesichts dessen war die Wertschätzung des Wahlrechts als urdemokratischer Errungenschaft denn doch so etwas wie der „Grundtenor“ der Debatte um das Wahlalter.

### **„Man sollte politische Bildung in der Schule viel früher einbeziehen“**

Dass Wählen nicht nur eine rechtliche Seite von „Mündigkeit“ hat, war bis dato schon angeklungen. Es konnte kaum überraschen, dass dabei auch die Frage einer auf Wissen und Kompetenz zielenden Form von Mündigkeit zur Sprache kommt. Wenn man dann das Wahlrecht ab 16 einführen würde, sollte - dies eine Forderung - auch in der Schule politische Bildung viel früher präsent sein, so ein Beitrag eines Schülers: „Früher hab ich echt gedacht, Politik, was ist das. Husch weg damit vom Fenster. Aber ich denk mal ziemlich viele aus meiner Klasse haben jetzt auch mal angefangen darüber nachzudenken. So schlecht ist es ja gar nicht, es ist ja eigentlich recht interessant. Da könnte man ja was bewegen. Und darum finde ich, dass man das viel früher in der Schule mit einbringen sollte und auch richtig diskutieren müsste, weil es wichtig ist.“

Die Forderung alleine höre ich wohl, wie aber sage ich es meinem Kinde, der Schule? Das war das Motiv, auch eine andere - als die etablierte - Form der politischen Bildung und des politischen Unterrichts anzumahnen: „Wenn Ihr sagt, der Politik-Unterricht soll früher eingeführt werden, dann müssen wir einen ganz anderen Politik-Unterricht einführen, weil wir beschäftigen uns nur mit der Vergangenheit und das bringt uns für die Gegenwart relativ wenig, denn dann lerne ich auch nicht, wie ich wählen soll und erfahre auch nichts über die momentane politische Situation. Darum wäre es wichtig, den Unterricht auch so zu gestalten, dass er einem zeigt, was heute so in der Politik los ist.“ Anknüpfung an gegenwärtige Probleme, Aufgaben und Herausforderungen im Unterricht und in der Schule findet bei Schülern also doch ein Interesse. Die Schule hat dabei immer noch einen weiten Weg vor sich, gestand ein Kollege ein, denn „da kommen Schüler in der Regel nicht direkt mit gesellschaftlichen Problemen in Kontakt, sondern lernen nur in als-ob-Situationen“.

Was ist eine gute Schule? Auch diese Frage wurde diskutiert: „Eine gute Schule ist, wo alle, wirklich alle in der Schule Beteiligten diese Schule gemeinsam mittragen, gemeinsam Entscheidungen treffen und zwar wirklich gemeinsam. Nicht, dass die Lehrer entscheiden, was die Schüler zu machen haben“, betonte der Projektleiter der Werner-von-Stephan-Oberschule, eines überregional bekannten Hauses, von dem man weiß, dass die Integration und Beteiligung aller Schülerinnen und Schüler bedeutsam ist. Und weiter: „Für mich ist ein guter Staat ein solcher, der seinen Bürgern die Möglichkeiten der aktiven Beteiligung gibt“, führte er sein Plädoyer weiter und verweist auf zahlreiche Chancen, sich zu engagieren sowie das aus seiner Sicht dringlich gebotene Ziel, über eine Absenkung des Wahlalters nachzudenken.

### **„Wählen kann eine sehr vernünftige Sache sein, wenn es eine bewusste politische Entscheidung ist“**

So war denn doch in einer runden Stunde eine ganz schön weite Strecke Weges argumentativ zurückgelegt. Anfangs waren Wahlen - noch eher abschreckend - „eine ganz schön komplizierte Angelegenheit“, gegen Ende dieser lebendigen Diskussionsrunde wurden sie schon eher „zu einer vernünftigen Sache“: „Ich persönlich halte Wahlen für die Basis jeder Demokratie. Es ist wichtig und es ist absolut wichtig und es hat höchste Priorität, dass die Wahlbeteiligung nicht noch weiter zurückgeht“, so der Schüler Daniel Schultz. Vielmehr müsse das politische Interesse und die Möglichkeit zur Mitbestimmung in der Politik gefördert werden. Denn, so Daniel in einer Art Abschluss-Statement, „man geht nicht wählen, um zu wählen, sondern um politisch mit zu entscheiden und dafür ist es wichtig, aktiv über die Medien, über eine Veränderung der Wahlgesetze, über Jugendparteien über Aufklärung in der Schule das Politikverständnis zu fördern“.

Der Fülle an Argumenten war wenig zuzufügen und es lag nicht nur an der charmanten und lebendigen Moderation von Shelly Kupferberg, dass die Runde nahezu wie geschmiert ein Argument an das andere reihen konnte und es für interessierte Zuhörer geradezu eine Lust war, zu folgen. Entsprechend war auch der Publikumsverkehr zu den offenen Fishbowl-Stühlen: „Also es dauert ja ziemlich lange, bis man hier drankommt, es ist ja so ein großer Ansturm“, so sagte es während der Runde ein leicht frustrierter Schlange-Ansteher. Die Schülerinnen und Schüler jedenfalls haben gezeigt, dass sie es ernst meinen mit dem „Einmischen und Mitmachen“.

### **PSI-21. Ein Projekt der Gattelstiftung i.G. // PSI-21**

Die Gattel-Stiftung i.G. setzt sich für die aktive Beteiligung von Jugendlichen am lokalen Agenda-21-Prozess in Berlin ein. Das Projekt „PSI-21“ (Politik, Schule, Internet und Agenda 21) hat das Ziel, ergebnisoffenes, selbstmotivierendes und selbstwirksames Lernen in der Schule und der Gesellschaft zu ermöglichen. Dazu wird für Schüler ab der achten Jahrgangsstufe eine Projektidee entwickelt. Die Jugendlichen entscheiden sich in Gruppen für ein Themengebiet der Agenda-21 und bitten die Fraktionen der in Berlin vertretenen politischen Parteien um die Formulierung von zehn Fragen zu diesem Thema. Die Schüler erarbeiten erste Informationen zu den gestellten Fragen und fügen eigene Fragen zum Themengebiet hinzu, für die eine Rangfolge erstellt wird. Anschließend entscheidet sich jeder Schüler für die Fragen einer Partei, die er zusammen mit den erarbeiteten Schülerfragen beantwortet. Das Projekt wurde bereits auf kommunaler Ebene vorgestellt und bemüht sich derzeit um weitere Kooperationspartner.

*Kontaktadresse:* Albert Reinhardt, Gattel-Stiftung i.G. // PSI-21, Zempiner Steig 10, 13503 Berlin.